

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hegloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 92.

Dienstag den 10. August 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Die deutsche Regierung hat in einer Note an den
Obersten Rat erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen,
Sollmacht zur Entsendung von Reichswehrtruppen in das Ab-
stimmungsgebiet von Allenstein und Marienwerder zu er-
halten.

In London soll ein englisch-russisches Abkommen
geschlossen worden sein, das nur noch der Bestätigung
von Moskau bedarf.

Millerand und Lloyd George hatten am Sonntag
eine neue Zusammenkunft in Hythe, um die polnisch-russische
Frage zu erörtern.

Die Ententehilfe für Polen ist bisher problematis-
cher Natur, auch die Grenzstaaten wollen von einem Kampf
gegen Sowjetrußland nichts wissen.

Die Polen wollen Warschau bis zum äußersten
verteidigen. Die Stadt liegt bereits unter russischem Ar-
tilleriefeuer.

Christentum und Bolschewismus.

Ein päpstliches Motu Proprio.

Bur Feier des 50. Jahrestages der Proklama-
tion des hl. Patriarchen Joseph zum Schutzherrn der
katholischen Kirche hat Papst Benedikt XV. ein Motu
proprio erlassen, aus dem wir nach der „Germania“
folgende Abschnitte wiedergeben:

In den Köpfen und in den Herzen aller revolutionä-
ren Klassen spukt der Gedanke an das

Machen einer gewissen Weltrepublik,

welche auf den Fundamenten absoluter Gleichheit der Men-
schen und der Gemeinschaft der Güter beruhen und in der ei-
nen Unterordnung der Nationalität mehr geben soll, noch
auch weiterhin die Autorität des Vaters über die Kinder,
noch auch eines Staates über die Bürger, noch auch eines
Gottes über die Menschheit, die in dieser bürgerlichen Ge-
meinschaft verbunden ist, mehr anerkannt werden wird.
Daher Dinge, die bei ihrer Verwirklichung zu schre-
cklichen sozialen Zuckungen führen müßten, wie das
schon bei jener sozialen Zuckung wahrnehmen kann, die
gegenwärtig einen nicht kleinen Teil Europas heimt. Ist
man möchte auch gar zu gern bei den übrigen Völkern
eine ähnliche Situation herbeiführen, wie wir sie dort sehen,
wo die Völker von der blinden Wut einiger weniger (Ter-
roristen) erregt werden, und da und dort möchte man un-
ausgesagte schwere Erschütterungen hervorrufen. Wir in-
dessen haben, mehr als alle anderen bekümmert um diese
Veränderung der Dinge, keine Gelegenheit, die sich uns bot,
vorübergehen zu lassen, um den Kindern der Kirche ihre Pflicht
einzuschärfen, wie wir es schon neulich in den beiden Vele-
sen an den Bischöfen von Bergamo und an die Bischöfe des
Benevo getan haben. Und wiederum aus dem gleichen
Grunde um diejenigen, die nur immer und überall auf
unserer Seite stehen, und die sich durch ihre Arbeit ihr
Brot verdienen müssen, an ihre Pflicht zu erinnern, und
um sie von der

Verneinung des Sozialismus, des bittersten Feindes
der christlichen Grundzüge,

hell und unversehrt zu bewahren, stellen wir ihnen jetzt
mit großer Eindringlichkeit und in ganz besonderer Weise
den hl. Josef vor Augen, damit sie ihn als ihrem besonderen
Hilfsgott folgen und ihn als himmlischen Schuttpatron ehren
mögen.

Was besonders die Arbeiter betrifft, so möchten wir
hier auf die Worte zurückkommen, die unter analogen Ver-
hältnissen unser Vorgänger seligen Andens, Leo XIII.,
ausgesprochen hat. Denn sie sind so zutreffend, daß sie
keine genaueren Worte finden lassen:

„In Betracht dieser Sachlage müssen die Armen
und alle die von der Frucht ihrer Arbeit leben müssen,
von einem erhabeneren Gefühl der Billigkeit (d. h. der
sozialen Gerechtigkeit) befehl sein; wenn ihnen nämlich
die Gerechtigkeit auch erlaubt, sich aus ihrer Notlage heraus-
zuarbeiten um eine bessere Lebenslage zu schaffen, so ist
es jedoch durch die Gerechtigkeit und durch die Vernunft
selbst verboten, die Ordnung umzuwerfen, welche
von der göttlichen Vorsehung selbst so ein-
gerichtet worden ist. Ja, es ist sogar ein tödlicher
Fehler, zur Gewalt zu greifen und Verbesserungen auf
dem Wege von Ausbeutung und Aufruhr herbeizuführen;
denn diese tragen höchstens und in den meisten Fällen
nur dazu bei, noch die unangenehme Lage zu verschlimmern,
die sie beseitigen wollten. Wenn indes die Armen ver-
nünftig vorgehen wollen, so sollen sie nicht auf die tödli-
chen Vorposten von Volksaufregern achten, sondern
mehr auf das Beispiel und den Schutz des hl. Josef und
auf die mütterliche Liebe der Kirche vertrauen, welche von
Tag zu Tag sich immer mehr ihrer annimmt.“

Die Verminderung des Heeres.

Parlamentarische Kommissionen des Reichstages

Nach dem Abkommen in Spa muß das deutsche
Heer bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann herab-
gemindert sein. War es schon im vorigen Sommer
während der ungünstigen wirtschaftlichen Zustände
nicht leicht, das Heer von etwa 400 000 Mann auf
etwa 200 000 zu vermindern, so steht die abermalige
Entlassung von 100 000 Mann in dem wirtschaftlich
denkbar unaufrüstlichen Ausmaß auf nicht geringem

Schwertgittern, da sie zu einem Zeitpunkt verspart-
ter Wirtschaftskrise und stets wachsender Arbeitslosig-
keit erfolgen muß. Zur Versorgung der auf Grund
des Vertrages von Spa zu Entlassenen sind zweierlei
Maßnahmen vorgesehen, einmal Übergangsmaßnah-
men, dann die Arbeitsvermittlung.

Die Fürsorge

Begibt am Tage nach der Entlassung aus der Reichs-
wehr und endet zwei Monate später. Die auf Für-
sorge Entlassenen werden von der Truppe an den
Ort entlassen, dessen Arbeitsnachweis für sie zuständig
ist, d. h. i. a. dorthin, wo sie am 1. August 1914
begonnen vor dem Eintritt in den Militärdienst ge-
wohnt oder gearbeitet haben. Die Entlassenen
erhalten bei der Entlassung, außer einer Trenn-
prämie eine Übergangsentschädigung und
Kleidung zu Vorzugspreisen. Ein Zivilanzug ein-
schließlich Stiefel, Mantel und Wäsche wird ihnen für
550 Mark überlassen, ein militärischer Anzug, aber
ohne militärische Abzeichen, für 230 Mark. Außerdem
erhalten sie Fürsorgegebühren für die Zeit,
bis zu der sie Arbeit erhalten, aber nicht über zwei
Monate hinaus, und diejenigen, die sofort eine Arbeit
übernehmen, erhalten eine besondere Prämie, deren
Höhe noch nicht feststeht.

Die Arbeitsvermittlung

wird auf Grund des allgemeinen Arbeitsnachweises
von den Fürsorgestellen besorgt, die bei den Wehr-
kreiskommandos in einer Anzahl von je drei Stellen
eingesetzt werden und die mit Wirtschaftsbetrieben
aus der Gewerkschaftspraxis zusammenarbeiten. Dabei
wird die Fürsorge von den Wehrkreisen des Heimat-
ortes, nicht des Entlassungsortes, ausgeübt. Für die
Entlassenen werden außerdem freiwillige Unterrichts-
kurse an den Orten, an denen es sich wegen der Anzahl
der Entlassenen lohnt, eingerichtet. Für die Entlas-
sung der auscheidenden Berufs Soldaten, so-
weit sie nicht in dem verringerten Heer bleiben, hat
das Reich besondere Verpflichtungen übernommen, die
es aber nur in Zusammenarbeit mit den Organisatio-
nen des Wirtschaftslebens erfüllen kann. Solche Orga-
nisationen bestehen für Offiziere schon im Hilfsbund
für kriegsentlassene Offiziere, in der Reichsarbeitsver-
mittlung für Offiziere und der Arbeitsvermittlung
für ehemalige Berufssoldaten beim Reichswirtschafts-
ministerium. Diese haben insbesondere dafür gesorgt,
daß keine Überflutung einzelner Berufe eintritt, und
daß die bodenständigen Elemente nicht gegenüber den
ehemaligen Soldaten zurückgesetzt werden. Pflicht der
einzelnen Berufe ist es, den neu in sie Eintreten-
den das Hineinleben nicht durch Voreingenommenheit
zu erschweren.

Ein internationaler Kohlenrat.

Die Internationale für die Sechsstundenschicht.

Der internationale Bergarbeiterkongress in Genf
hat am Freitag seine Beratungen beendet. In der letzten
Sitzung wurde eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt.
Die Sechsstundenschicht wurde auf Antrag der deut-
schen Vertreter grundsätzlich einstimmig angenommen.
Dem internationalen Arbeitsrat soll die Entscheidung
darüber belassen werden, ob die Einführung der Sech-
stundenschicht möglich sei.

Ferner brachte der deutsche Bergarbeiterführer
Due einen Antrag auf Errichtung eines interna-
tionalen Kohlenrates ein. Der Antrag fordert
ein internationales Verteilungsamt für
Kohle und andere Rohstoffe, die für die Wiederauf-
nahme eines normalen Lebens aller Völker unent-
behrlich sind, und verlangt, daß das internationale
Arbeitsamt diesen dringlichen, durch die Delegierten
der Bergarbeiter erhobenen Forderungen besondere Be-
achtung schenke und sich bemühe, sie sobald als möglich
im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee des inter-
nationalen Bergarbeiterbundes und unter Mithilfe der
verschiedenen Organe des Völkerbundes zu lösen.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schließlich wurden noch zwei von den Franzo-
sen eingebrachte Anträge einstimmig angenommen. Der
erste Resolution bezieht sich auf die Notwendigkeit der
Nationalisierung oder Sozialisierung. Das Kom-
itee wird beauftragt, mit allen Mitteln und nötigen-
falls mit dem Generalstreik die möglichst schnelle
Verwirklichung dieser Forderung durchzusetzen.

Die zweite Resolution, die gleichfalls von den Fran-
zosen ausgeht, bezieht sich auf den Generalstreik
im Falle des Krieges. Der Internationale Berg-
arbeiterbund ist danach bereit, den internationalen Ge-
neralstreik im Falle einer aggressiven Militärpolitik ge-
gendes Monarchen oder einer Regierung zu erklären
oder über solche Länder den Boykott zu verhängen,
nötigenfalls unter Anrufung der Mithilfe anderer Or-
ganisationen. Auch diese Resolution wurde unter gro-
ßer Begeisterung angenommen. Die Franzosen schrien:
„Wieder mit dem Generalstreik!“

Sodann wurde die Wahl des Internationalen Kom-
itees des Bundes vorgenommen, dem von deutscher
Seite die Delegierten Bismann und Imbusch an-
gehören sollen. Der Kongress schloß, indem die ein-
zelnen Sektionen ihr Vergnügungslied sangen, nachdem
alle gemeinsam die Internationale gesungen hatten.

Englisch-russisches Abkommen?

Neue Verhandlungen in London?

Nach Londoner und Pariser Meldungen hat Lloyd
George gleich nach dem Empfang der russischen Ant-
wort die bolschewistischen Delegierten Kassin und Ka-
menew empfangen und mit diesen in fünfzehnstündiger
Unterredung eingehend die Bedingungen des Waf-
senstillstandes zwischen Polen und Rußland erörtert.
Die „Times“ melden, daß zum Schluß ein endgül-
tiges Abkommen getroffen wurde, das Kamenew
noch am gleichen Tage funktentelegraphisch nach Moskau
weitergab. Von Lenins Antwort hängt es ab, ob
die Krise sich lösen wird.

Lloyd George und Millerand in Hythe.

Millerand und Lloyd George hatten am Sonntag
eine neue Zusammenkunft in Hythe, um die polnisch-
russische Frage zu erörtern. Die Marschälle Foch und
Wilson nahmen an den Besprechungen teil.

Der „Matin“ bemerkt zu der Nachricht von der
neuen Zusammenkunft des französischen und englischen
Ministerpräsidenten:

„Zwei Möglichkeiten können nicht mehr in Frage,
1. die Entsendung verbündeter Truppen nach Polen,
2. die Unterstützung Polens durch die Nachbarstaaten.
Frankreich und England seien darum nicht weniger ent-
schlossen, dem bolschewistischen Vordringen Halt zu ge-
ben.“

Also Verzicht auf jegliche Waffenhilfe für Polen.

Französischer und englischer Arbeiterprotest.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat
gemeinsam mit dem allgemeinen Arbeiterverband be-
schlossen, sofort Schritte zu unternehmen, um gegen
jedes Unternehmen gegen Sowjetrußland zu protestie-
ren. Die englische Arbeiterpartei veröffent-
licht gemeinsam mit den Gewerkschaften einen Aufruf
an das britische Volk, in dem auf die Möglichkeit hin-
gewiesen wird, daß Großbritannien in einen neuen
Krieg verwickelt werden könnte. Polen wird beschu-
digt, nach Gebietsverweiterungen gestrebt zu haben. Der
Aufruf erklärt nachdrücklich, daß die britischen Arbeiter
nicht als Bundesgenossen Polens an einem
Kriege teilnehmen werden. Eine Kriegserklärung hätte
den Generalstreik zur Folge.

Neutralitätserklärungen.

Der italienische Außenminister Graf Sforza
wandte sich in der Kammer gegen die Modabepolitik,
die ganz gegen den Sinn des italienischen Volkes sei.
Die Regierung habe mit Moskau ein Abkommen über
die Zulassung eines russischen Agenten in Italien und
eines italienischen in Rußland getroffen, die an der
Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen beider
Länder arbeiten werden. Der russische Agent werde
in Rom erwartet. Weiter erklärt der Minister, die ita-
lienische Regierung wünsche sich nicht in die Erzie-
nisse in Osteuropa einzumischen.

Auch die rumänische Regierung hat beschlossen,
nichts gegen Sowjetrußland zu tun, desgleichen betonte
der tschechische Außenminister in entschiedener Weise
den Standpunkt der vorbehaltlosen Neutralität im
russisch-polnischen Kriege.

Auch Amerika wird nicht helfen.

Aus Washington meldet eine Havasnote, daß der
Staatssekretär des Auswärtigen und der Unterstaats-
sekretär eine lange Konferenz mit Wilson gehabt ha-
ben. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es
unmöglich sei, Polen zu retten, wenn ihm
die Alliierten keine militärische Hilfe angedeihen las-
sen. Jedenfalls ist es aber sehr unwahrscheinlich und
unmöglich, daß unter den gegenwärtigen Umständen
die Vereinigten Staaten sich an einer militärischen
Aktion beteiligen werden.

Die Ententehilfe für Polen.

Schöne Worte und tönende Worte.

Die Warschauer Regierung hat die Einstellung von
Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland von der
Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates
und von der Verpflichtung der Sowjetregierung, sich
in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzu-
mischen, abhängig gemacht. Welches hat die Sowjet-

regierung von langst wiederholt zugesichert, und auch in der letzten Antwortnote an England hat sie sich abermals bereit erklärt, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren. Inzwischen haben sich die polnischen Friedensdelegierten mit Vollmachten zum Abschluss eines Friedensvertrages mit den Bolschewisten nach Wlask begeben.

Damit hat die polnische Regierung jegliche Hoffnung auf die Entente aufgegeben. Es blieb ihr schließlich auch nichts anderes übrig, nachdem sich die mehrfach angekündigte und feierlich versprochene Waffenhilfe der Entente auf schöne Gesten und tönende Worte ihrer Staatsmänner beschränkte. Wenn es der Entente um das Wohl ihrer polnischen Schützlinge zu tun gewesen wäre, dann hätten sie Polen schon längst mit Truppen und Kriegsmaterial zu Hilfe kommen müssen. Mit der Entsendung einiger Divisionen wäre ihnen allerdings nicht gedient gewesen. Wenn man nicht Gefahr laufen wollte, von den Bolschewisten ebenfalls überrannt zu werden, dann musste man den Polen schon eine stark Armee zu Hilfe senden, die imstande gewesen wäre, dem siegreichen Bolschewistenheer Halt zu gebieten. Da man sich einer Blamage nicht aussetzen wollte und vielleicht auch den Widerstand der Arbeiterschaft in den Ententeändern befürchtete, so ließ man den Plan einer militärischen Unterstützung fallen und beschränkte sich darauf, ein einziges Schiff mit Kriegsmaterial nach Danzig zu senden, dessen Entladung obendrein noch durch die Weigerung der Danziger Arbeiterschaft verzögert wurde. Außerdem schickte man zwei Militärmissionen nach Warschau, die den Polen nach tagelanger Anwesenheit keinen besseren Rat zu geben konnten, als auf schleunigen Abschluss eines Waffenstillstandes mit Russland zu drängen. Daß in England keine große Lust bestand, sich wegen Polen in kriegerische Verwicklungen einzulassen, hatte Lloyd George deutlich durchblicken lassen, als er im Unterhaus nur von „moralischer“ Unterstützung sprach. Frankreich, das schließlich geneigt gewesen wäre, einige Divisionen nach Polen zu senden, musste darauf verzichten, weil Deutschland ganz energisch auf der Wahrung seiner Neutralität bestand und französische Truppentransporte durch deutsches Gebiet ablehnte.

Nun sieht sich die Entente nach neuen Waffengenossen für Polen um. Doch weder Rumänien noch die Tschechoslowakei zeigen große Lust, für die Entente die Kasanen aus dem Feuer zu holen. Einzig allein die ungarische Regierung hat Polen ihren Beistand angeboten. Nach englischen Blättermeldungen soll sie den Polen angeboten haben, je zwei Divisionen Infanterie und Kavallerie zu stellen. Budapest verlangt aber anscheinend die Rückgabe der ungarischen Gebiete, die es nach dem Friedensvertrag an Rumänien und an die Tschechoslowakei abgeben musste. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese Länder sich darauf einlassen. Also bleibt auch die ungarische Hilfe problematischer Natur und Polen muß sehen, wie es allein mit den Russen fertig wird.

Für Deutschland bedeutet der Verzicht der Entente auf Truppensendungen für Polen eine wesentliche Entspannung der außenpolitischen Lage. Die Befürchtungen, die wir wegen Gefährdung der deutschen Neutralität hegen mussten, werden dadurch wesentlich gemindert. Allem Anschein nach will sich die Entente mit einer Neuaufnahme der wirtschaftlichen Blockade gegen Russland begnügen. Diese dürfte jedoch auf den Gang der kriegerischen Ereignisse wenig Einfluss haben. In Berlin hält man die augenblickliche Lage für wesentlich geklärt, das beweist auch die Urlaubsreise Feyhensbachs und Simons. Letzterer hat sich auf einige Tage in die Schweiz begeben. Da sich auch Giositti und Lloyd George demnächst dort einfinden werden, ist eine Zusammenkunft Simons mit den Entente Staatsmännern nicht unwahrscheinlich.

Die Russen vor Warschau.

Verteidigung der Hauptstadt bis zum äußersten.

Der Stadtrat der Hauptstadt Warschau beschloß, einen Rat zur Verteidigung der Stadt zu bilden, der aus 11 Personen bestehen und die Aufgabe haben soll, die Tatkraft der Bevölkerung der Stadt Warschau zur

Verteidigung zusammenzufassen. Wiezzeitig wurde ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es unter anderem heißt:

„Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur einige Meilen von Warschau. Die Hauptstadt des polnischen Reiches steht vor einer drohenden Gefahr. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen. Es gibt keine Wahl. Entweder Kampf bis zum äußersten und damit Sieg und Freiheit, oder Sklaverei. Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben. Bürger, zu den Waffen!“

Maueranschläge fordern die Bevölkerung zum Eintritt in die Warschauer städtische Sicherheitswehr auf, an der auch die sozialistische Partei teilnimmt. Premierminister Witos erklärte, Warschau werde sich „bis zur letzten Möglichkeit“ verteidigen. Die polnische Regierung hat von neuem dringende Hilfesuche an alle alliierten Kabinette gerichtet um Beschleunigung der militärischen Hilfe.

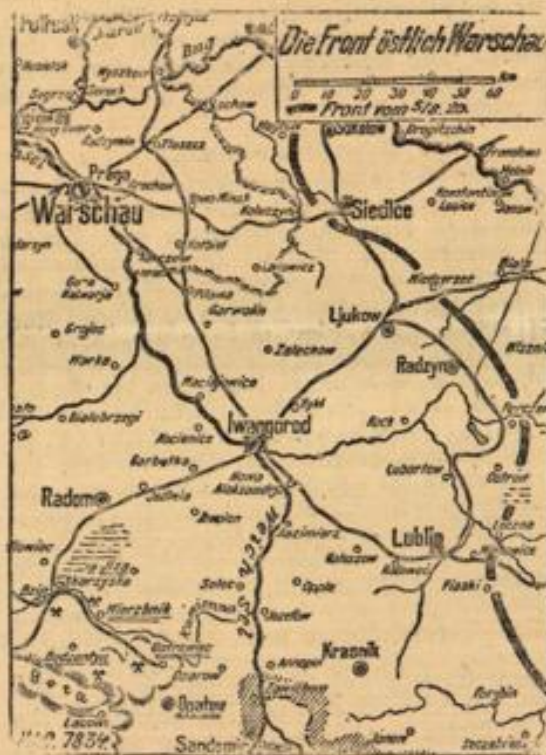
Warschau unter russischem Feuer.

Die „Times“ melden aus Krakau: Die nördlichen Außenforts der Festung Warschau stehen seit Freitag früh unter dem Feuer russischer Artilleriegeschosse. Die polnischen Batterien erwidern das Feuer. Es wird gemeldet, daß sich nördlich Warschau Kämpfe zwischen Teilen der russischen Nordarmee und den polnischen Verteidigungskräften entwickelt haben.

Kämpfe bei Oskolenta und am Bug.

Der amtliche polnische Heeresbericht vom 5. August besagt:

Der Feind griff im weiteren Verlauf der Kämpfe Oskolenta hartnäckig an. Unsere Abteilungen der freiwilligen Armee schlugen jedoch nicht nur diese Angriffe ab, sondern nahmen in lokalen Gegenangriffen Gefangene und Maschinengewehre. Ostlich von Sokolow fanden weitere Kämpfe mit feindlichen Abteilungen, die den Bug überschritten hatten, statt. In der Gegend von Patulim warfen unsere Abteilungen den Feind endgültig über den Fluss zurück und nahmen Gefangene und Maschinengewehre. Im Raum von Brest wurden wir durch hartnäckige Angriffe des Feindes gezwungen, Tereopol teilweise aufzugeben, aber ein heldenmütiger Gegenangriff der Bodhaler Regimenter warf den Feind auf das Oskolenta zurück. Südlich von Brest wurde ein energischer Angriff des Feindes auf den Brückenkopf Slawatysche abgeschlagen. Weiter südlich herrscht an der Buglinie Ruhe. In weiteren Kämpfen im Raum von Brody drängten unsere Truppen den Feind auf die Höhen von Madzowisz zurück.



Russland verlangt Bürgschaften.

Eine Note Kamenevs.

Der bolschewistische Delegierte in London hat der Öffentlichkeit eine lange Note übergeben, die er Lloyd George überreicht hat. Es heißt darin, Kamenev habe sich bereit erklärt, die Mitteilung Lloyd Georges, daß die englische Regierung entschlossen sei, im Hinblick auf das Einrücken der Sowjettruppen in das ethnographische Polen die Blockade zu erheben, seiner Regierung zu übermitteln.

Weiter heißt es in der Note Kamenevs: Die Geschichte des polnischen Angriffes auf Russland und die unbestreitbare Tatsache der planmäßigen und fortwährenden Hilfe, welche Polen von Frankreich erhält, sowie die Unversehrtheit des Heeres des Generals Wrangel in der Krim, den die französische Regierung ebenfalls unterstützt, nötigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Bürgschaften zu verbinden, die es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, neue Heereskräfte gegen Russland vorzubereiten. Zu den geforderten Bürgschaften gehört eine teilweise Entwaffnung und Einstellung der Rekrutierung, sowohl der Freiwilligen als auch der Dienstpflichtigen.

Tschitscherin hat in seiner Note vom 22. Juli eine Konferenz lediglich mit den hervorragenden Ententemitgliedern vorgeschlagen. Der Vorschlag einer solchen Konferenz würde in der Tatsache liegen, daß andere Staaten keinen Krieg ohne die Hilfe der Hauptmächte der Entente führen können, so daß diese Konferenz tatsächlich Sicherungen für den allgemeinen europäischen Frieden bringen würde.

Die polnische Regierung in Krakau.

Die Mitglieder der polnischen Regierung sind in Krakau eingetroffen. Am Freitag vormittag hat eine Sitzung des Kabinetts und eine solche des Landesverteidigungsrates unter Vorsitz von Pilsudski stattgefunden. Es wurde ein offizielles Telegramm aus Paris verlesen, worin die französische Regierung ihre militärische Hilfeleistung zusichert. Der Landesverteidigungsrat beschloß daraufhin, alle Maßnahmen zur Verteidigung des Landes zu treffen, Musterungen der Zurückgestellten und Untergangenen anzuordnen und die weiteren Jahrgänge bis zum 40. Lebensjahr (1) einzuberufen.

Der polnische Landesverteidigungsrat hat das südliche Weichselufer und das nordöstliche Galizien als unmittelbare Gefahrzone erklärt. In den anderen nicht besetzten polnischen Städten wurden die Aushebungen der wehrfähigen Männer bis zum 40. Lebensjahr veranlaßt.

Polnischer Rückzug in Galizien.

Die Gasasagentur meldet aus Lemberg: Die russische Südarmee hat eine neue Angriffsoperation gegen Lemberg eingeleitet. Die Polen sind seit 24 Stunden nördlich von Brody auf neue im Rückzug begriffen. Die Rote Armee unter dem General Budenny hat mit überlegenen Kavalleriemächten an mehreren Stellen des Serech die polnischen Truppen auf das linke Flussufer zurückgeworfen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 7. August 1920.

Der Staatssekretär z. D. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Entlassung ernannt worden.

Der Reichskommissar hat der Rheinlandkommission eine Note überreicht, in der die Reichsregierung ihrem Bedauern über die bestimmungswidrige Verhaftung Portens Ausdruck gibt und mitteilt, daß die preussische Regierung eine Untersuchung zur Feststellung und Bestrafung der Schuldigen eingeleitet habe.

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschloß, von Regierung und Reichstag die gleichzeitige Aufhebung der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe zu fordern.

Der Telephonverkehr mit Saarbrücken ist seit Freitag früh von den Franzosen abgebrochen.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

10] (Nachdruck verboten.)

„Seien Sie nicht so bescheiden, lieber Freund, das haben Sie nicht nötig. Also, Sie können sich wohl denken, daß es mir nicht angenehm ist, wenn der Vikonte von Domines erzählt, daß sich meine Damen imitierten Diamanten für die Weisse bedienen. Das ist eine ganz gewöhnliche Vorsichtsmaßregel, um sich gegen Verlust unterwegs zu schützen, aber Heiratsskandalen sind oft mißtraulich, und der Vikonte könnte daraus falsche Schlüsse auf meine Vermögensverhältnisse ziehen. Das will ich nicht. So, nun wissen Sie Bescheid. Ich weiß auch, daß der junge Herr ein großer Freund von Bretiosen ist, der wahrscheinlich das Tragen von Imitationen nicht vornehm finden würde. Jedenfalls darf er also von der Geschichte nichts wissen. Und außerdem, wenn Sie sehen, daß meine Tochter und der Graf gerade hier im Salon beisammen sind und außer Ihnen niemand zugegen ist, so werden Sie, denke ich, soviel Kavallerie sein, die beiden auch ganz allein zu lassen. Also, lieber Freund, ich rechne auf Sie.“

Damit eilte der geschäftige Herr wieder hinaus, und Bollhardt legte amüsiert die ihm gewidmeten Importen bei Seite. Er dachte über den Fall nach.

Sollte der Vikonte von Domines, der sich um Fräulein Isabella Gonzalez bewarb, sich etwa einen Scherz gemacht und das Brillanten-Kollier zeitweise aus Zimmer Nr. 20 geholt haben, um dem Brasilianer eine kleine Lektion zu erteilen? Eine eigentümliche Handlungsweise wäre das freilich gewesen, aber was tut nicht ein Heiratsskandal, um sich über das Vermögen seines künftigen Schwiegervaters Gewissheit zu verschaffen? Und das Auftreten des Don Gonzalez war nicht ganz frei von Proterum, so daß es bei einem jungen Herrn von Stande, der sich um die Hand seiner Tochter bewarb, immerhin Mißtrauen erwecken konnte.

Verhielten sich die Dinge so, dann war das Rätsel dieses Diebstahls überraschend schnell gelöst. Aber verhielten sie sich wirklich so? Konnte der Vikonte seine

Handschrift so verstellen, daß kein Verdacht möglich war?

Der Kriminalkommissar hatte sich einige kurze Notizen über seine Erwägungen gemacht und legte das Papier gerade in seine Brieftasche, als er Schritte hinter sich vernahm. So gleichmäßig leise und fast unhörbar, daß ein anderes Ohr, als das geschulte Hörorgan des geschulten Polizeibeamten, überhaupt nicht darauf geachtet haben würde. Er wandte sich um, ein Herr in den sogenannten „besten Jahren“, Aristokrat vom Scheitel bis zur Sohle, stand vor ihm.

Während Bollhardt sich verneigte und der Fremde mit freundlichem Lächeln grüßte, konnte ihn der Beamte genauer mustern. Er mochte zwischen 40 und 50 Jahren zählen, genau ließ sich das nicht schätzen. In seinem dunklen Haar zeigten sich nur wenige vereinzelte weiße Fäden, und die Stirn erschien fast völlig runzelsfrei. Der kleine Nackenbart und der Schnurrbart waren dunkel, wie es nur ein vierzigjähriger sich wünschen konnte. Eine goldene Brille bedeckte die Augen. Der Fremde schien sehr kurzschichtig zu sein, denn er trug außer der Brille noch an einem Seidenbande ein Vorgehen um den Hals. Der helle Sommeranzug war von einem ersten Schneider. An der rechten Hand trug er einige wertvolle, aber nicht gerade auffällige Ringe. Ein angenehmes Parfüm, das leise an Nelken erinnerte, ging von einem feinen Taschentuche aus, das aus der Brusttasche hervorlachte. Dieser Herr nahm an dem Tische Platz, welcher dem Arbeitstische Bollhardts zunächst stand, auf demselben Sessel, vor welchem die Feder lag, mit der die Begleitzeilen zu dem in das Zimmer des Brasilianers zurückgebrachten Diamanten-Kollier geschrieben waren.

Mit sehr deutlicher Aussprache in einer Stimme, die mehr ein Murmeln als ein Sprechen war, sagte er: „Fräulein Allmers, hat mir gestern Abend bereits gesagt, daß Sie von Ihnen für einige Tage vertreten werden würde. Ich bin der Baron von Hellberg und erhalte öfters Sporttelegramme, die ich hierher nach diesem Salon adressieren lasse, um stets, wenn ich unterwegs bin, mich telephonisch nach dem Inhalt erkundigen zu können. Sie können also alle für mich bestimmten Telegramme öffnen und ich bitte mich dann,

wenn ich Sie telephonisch anrufe, den Text mitzuteilen. Sie brauchen keine Zuhörer zu fürchten.“ Schloß er lächelnd, „denn die Mitteilungen sind in einer verordneten Sprache abgefaßt und also unverständlich für jeden, der nicht den Schlüssel besitzt.“

Bollhardt verneigte sich und machte sich dann an das Ordnen der soeben eingegangenen Post, die für die vornehme erste Etage des Hauses hier im Welschhof und nicht unten im Hotelbüro vorgenommen wurde.

Dabei musterte er fortwährend von der Seite diesen Gast, dessen feine und aristokratische Finger langsam und fast geräuschlos die Blätter der Zeitung umwendeten, die er flüchtig überflog. Das war also der Herr von Zimmer Nr. 19. Wenn der Hotelier nicht gesagt hätte, daß der Baron von Hellberg ein Sportsmann wäre, so hätte man denken können, er sei ein Hofmarschall. So ruhig, vornehm und abgemessen war jede seiner Bewegungen und sein ganzes Verhalten auch bei diesem scheinbaren Unbeschäftigtsein und Zeitungsblättern hier an diesem Tische.

Nach dem Gothaer Almanach sollte der ältere der beiden Brüder Hellberg, der Gutsbesitzer aus dem Osten, in den vierziger Jahren, sein jüngerer Bruder, der Sportsmann, in der Mitte der dreißiger Jahre stehen. Dieser Herr hier war auf mindestens vierzig Jahre zu schätzen. Aber das war schließlich nicht auffallend, ein bewegtes Leben läßt manchen Menschen vor der Zeit altern. Jedenfalls, das wiederholte sich der Kommissar am Schlusse seiner Beobachtungen, war dieser Herr Hellberg ein tadelloser Aristokrat.

Bollhardts Augen bligten auf, Herr von Hellberg nahm den Federhalter vom Tische, denselben, dessen sich der Diamantenbleib beim Schreiben seines Notizzettels bedient hatte. Aber der Kommissar wurde enttäuscht, Herr von Hellberg verriet in seiner Weise, daß er sich gerade dieser mangelhaften Feder schon einmal bedient hatte. Er tauchte die Feder in das Tintenfaß, und als dann beim Schreibversuche die Tinte nicht auslief, sagte er höflich: „Möchten Sie mir nicht eine andere Feder geben, diese ist unbrauchbar geworden!“ und er dankte liebenswürdig, als er einen anderen Halter mit neuer Feder empfing.

(Fortsetzung folgt.)

ing haben sich die Beamten der Auswanderungsbewegung aller Saarbeamten gegen ihre Entrechtung angeschlossen.

Der badische Landtag bewilligte, der „Freiheit“ zufolge, dem zu Abgeordneten rechtssozialistischen Staatspräsidenten Geis ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 M.

Die französischen Truppentransporte durch Schlefien. Von zünftiger Seite wird mitgeteilt: Die Nachricht von einem Geheimbefehl der interalliierten Kommission für die Schlefien an die Eisenbahndirektion Kattowich über die Durchführung französischer Truppentransporte ist unrichtig. Ein derartiger Befehl ist den Eisenbahnbehörden nie zugegangen. Im Bezirk Kattowich sind auch bisher lediglich die vereinbarten Nachschubtransporte für die Besatzungstruppen der Alliierten in Oberschlefien gefahren worden. Für Polen bestimmte Transporte haben den Bezirk nicht berührt. Auch die Nachricht von einer erregten Stimmung unter der Beamtenschaft und Arbeiterchaft des Direktionsbezirks ist unzutreffend. Im Bezirk ist alles ruhig. Der Eisenbahnverkehr wickelt sich vollkommen ordnungsmäßig ab. Auch die in letzter Zeit verbreiteten Alarmnachrichten über angebliche Verkehrsbeschränkungen im linksrheinischen Gebiet, besonders in der Pfalz, wegen Ansammlungen von Ententetruppen für Polen sind unzutreffend.

Zurückhaltung deutscher Eisenbahnwaggons durch Polen. Aus Grund der Kohlenlieferungen an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Waggons an Polen zu liefern. Die Polen verzögern die Rückgabe in einer Deutschland sehr schädigenden Weise. Nicht weniger als 33 000 Eisenbahnwaggons aus Deutschland befinden sich zurzeit in Polen.

Die Besetzung des Abstimmungsgebietes. Die deutsche Regierung hat in einer Note an den Obersten Rat erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vollmacht zur Entsendung von Reichswehrtruppen in das Abstimmungsgebiet von Allenstein und Marienwerder zu erhalten. „Journal“ erklärt dazu, daß die Alliierten auf die ersten beiden Noten der deutschen Regierung noch nicht geantwortet hätten, weil zwischen Paris und London verschiedene Auffassungen beständen.

Der Postverkehr durch den polnischen Korridor. Die polnische Postverwaltung hat der Reichspostverwaltung mitgeteilt, daß sie den „Wunsch“ habe, Deutschland solle von jetzt an die Durchgangspost nach Ostpreußen, die über Stolp-Danzig geht, genau der Stückzahl nach angeben. Schon diese Forderung ist von den deutschen Behörden als undurchführbar bezeichnet worden. Inzwischen hat die polnische Postverwaltung sich veranlaßt gesehen, ihre Forderung noch dahin zu erweitern, daß sie vom 10. August ab den Bahnpostverkehr ganz in ihre Hand nehmen will, dazu aber unsere Wagen benutzen möchte. Deutscherseits wird man vorläufig nicht auf dieses Verlangen eingehen. Sollten die Polen trotzdem an dem von ihnen in Aussicht genommenen Termin festhalten, so wird die Post für Ostpreußen fortan auf dem Seeweg befördert werden.

Hindenburg oder Jabreze. Gegen den Beschluß des Kreistages in Hindenburg, den Kreis- und Gemeindefürsorge in Jabreze nicht umzubewahren, ist in einer großen polnischen Versammlung in Skoluda in Hindenburg energischer Protest erhoben worden. Es wurde einstimmig die Absendung einer Resolution an die Interalliierte Kommission in Oppeln beschlossen, in der Generalfeldmarschall von Hindenburg vom polnischen Volke als Verbrecher und Landale bezeichnet wird. Die Interalliierte Kommission wird ersucht, sofort die Auflösung des Kreistages anzuordnen. Die alte bekannte polnische Unversöhnlichkeit!

Die preussische Regierung gegen „Orgesch“. Von ausländischer Stelle erfährt der „Vorwärts“: Dem preussischen Ministerium des Innern sind die Bemühungen des bayerischen Forstrates Dr. Escherich, auch in Preußen Selbstschutzorganisationen nach seinem bayerischen Muster zu schaffen, seit langer Zeit bekannt. Sofort als der Minister des Innern Kenntnis davon erhielt, hat er nicht nur jede Unterstützung der Pläne Escherichs untersagt, sondern auch ihre strikte Bekämpfung angeordnet. In der Konferenz der Oberpräsidenten, die am 14. Juli beim preussischen Minister des Innern stattfand, wurde unter Hinweis auf Ostpreußen die Bestrebung Escherichs ausführlich geschildert. Auf Grund der Richtlinien, die damals den Oberpräsidenten erteilt wurde, ist der jegliche Erlaß des hannoverschen Oberpräsidenten Noske gegen den „Selbstschutz Escherichs“ ergangen. Bei den „Orgesch“-Organisationen handelt es sich um Selbstschutzorganisationen, die von dem Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren Forstrat Escherich in Bayern ins Leben gerufen wurden und die Fortsetzung der nach dem Abkommen von Spaas aufgelösten Einwohnerwehrformationen bilden. Die Mitglieder dieser Organisationen sollen nach dem Pläne Escherichs keine Waffen besitzen und erst im Falle von Unruhen zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgerufen werden. In Bayern befehlen die Selbstschutzorganisationen offiziell, während die preussische Regierung, wie oben erwähnt, diese Einrichtung ablehnt.

Rundschau im Auslande.

Der Militärstreik der Gefesselungspflichtigen in Deutsch-Böhmen greift immer weiter um sich.

Die belgische Kammer erklärte sich bereit, an die Feldjagatnehmer für die Zeit, die sie an der Front gebracht haben, eine Entschädigung von 75 Franken pro Monat zu zahlen.

Clemenceau will wieder in das politische Leben zurückkehren und sich in Kürze um den Senatsitz des Departements Cote du Nord bewerben.

Polen: Vorkerbung in den neu-polnischen Gebieten?

Aus Polen und Westpreußen kommen, wie dem „Obersten“ gemeldet wird, übereinstimmende Nachrichten, wonach in den gewalttätig am Polenstaat angeschlagenen Gebieten große Erregung herrscht, die sich bis zur Erhebung des Volkes verstärkt hat. Nicht nur geborene Deutsche, sondern auch ursprüngliche Nationalpolen schließen sich immer mehr der Bewegung an, die auf eine Rückkehr zum Deutschen Reich abzielt. Auch werden bereits Reiterregimente polnischer Truppen gemeldet.

Italien: Der Vertrag von St. Germain eine offenkundige Ungerechtigkeit.

Der Bericht der Kammerkommission, der die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Österreich empfiehlt, erklärt, daß sich die Annahme hauptsächlich aus nationalen und internationalen Opportunitätsgründen empfiehlt. Die Fehler des Vertrages könnten mit der Zeit, die Ungerechtigkeit der Diplomatie durch den Vertrag und die Gerechtigkeit der Völker ausgeglichen werden. Die Kommission glaubt nicht, daß der Vertrag von St. Germain den Zweck einen dauernden Frieden zu schaffen, erfülle. Der Vertrag unterwerfe das ganze Volk einem Sklavendienst und mache es auf Jahrzehnte hinaus zum Bettler. Die Kommission stellt fest, daß das Verbot der Vereinigung Österreichs mit Deutschland die nämlichen Prinzipien verleihe, die der Friedensvertrag angeblich vertritt. Das Verbot stelle eine Gefahr für die italienischen Interessen dar und eine offenkundige Ungerechtigkeit.

Italien: Graf Sforza über Südtirol.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Sforza, sagte in der Kammer in Bezug auf Südtirol, die deutsche Bevölkerung, die im Laufe der Jahrhunderte die Alpen überzogen hätte, würde ihre Sprache, ihre Ansichten und ihre besonderen Interessen völlig gewahrt bleiben sehen. — Hoffentlich handelt es sich nicht um leere Versprechungen. Bisher hatte die deutsche Bevölkerung unter der Willkürherrschaft der italienischen Beamten schwer zu leiden.

Mesopotamien: Schwere Niederlage der Engländer.

Die englischen und indischen Streitkräfte haben bei den Kämpfen mit den Arabern schwere Verluste erlitten. Im Gefecht bei Hilla am 24. v. M. hatten die Engländer insgesamt 20 Tote, 60 Verwundete und 318 Vermisste zu beklagen. Außerdem gingen 262 Pferde und Maultiere, 1 Feldgeschütz, 72 Wagen und 12 Maschinengewehre verloren. Eine neue Division aus Indien ist nach Mesopotamien abgeplant worden. — Das englische Kabinett verhandelt zurzeit über die Bildung eines Königreichs Mesopotamien unter Emir Faisal, der vor kurzem von den Franzosen aus Syrien vertrieben worden ist und sich nach England begab. Man glaubt in London, die beste Lösung der mesopotamischen Frage gefunden zu haben, da damit die Verantwortung für das Gelingen des Landes von England abgewandt und den Arabern aufgebürdet wird. Auch sollen Englands finanzielle Lasten bei der Ausübung seines Mandats dadurch verringert werden.

Persien: Die Ermordung des deutschen Konsuls.

Seit zwei Monaten verhandelt die deutsche Regierung mit der persischen wegen einer Genugtuung für die Ermordung des deutschen Konsuls in Teheran, des Herrn Rustow. Die persische Regierung suchte zunächst jede Verantwortung abzulehnen durch die Behauptung, sie habe in Teheran nicht die tätliche Gewalt in Händen und Rustow wäre nicht mehr Konsul. Als beides widerlegt wurde, behauptete die persische Regierung, der Konsul habe Selbstmord begangen. Auch dies konnte zweifellos widerlegt werden. Die persische Regierung lehnt nunmehr jede Verantwortung ab und weigert sich, Genugtuung zu geben.

Sport und Verkehr.

Keine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife. In der Handelskammer Essen fand eine Besprechung führender Persönlichkeiten von Industrie, Handel und Schifffahrt des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks mit dem Reichsverkehrsminister Gröner statt. Aus den Ausführungen des Ministers ist besonders hervorzuheben, daß er eine weitere Erhöhung der Personentarife und eine weitere prozentuale Erhöhung der Gütertarife nach Durchführung der Tarifumgestaltung ablehnt. Seine Hauptaufgabe erblicke er darin, wieder Ordnung und Autorität in das Eisenbahnwesen zu bringen. Er sehe Eisenbahn und Binnenschifffahrt lediglich als Dienerin des Wirtschaftens an und sei gegen jede übermäßige Zentralisation.

Aus Stadt und Land.

Feldmarschall von Woyrsch gestorben. Generalfeldmarschall von Woyrsch ist am Freitag auf seinem Gut Pilsnig in Schlefien gestorben. Er war zuletzt



General v. Woyrsch

vor dem Kriege kommandierender General des 6. Korps in Breslau. 1911 trat er in den Ruhestand, wurde aber bei Beginn des Weltkrieges Führer des schlesischen Landwehrkorps, an dessen Spitze er die Grenzen seiner schlesischen Heimat gegen die russischen Heeresmassen hielt und hervorragend an den Kämpfen in Polen beteiligt war. Die Erzwingung des Weichselüberganges bei Zwangorod am 29. Juli 1915 war

assistent von weittragender Bedeutung. Woyrsch wurde später Führer einer Armeeabteilung im Osten, dann (1916) Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, die in zahlreichen Kämpfen die gegnerischen Angriffe zurückschlug, bis die Waffenruhe im Osten eintrat. Am 31. Dezember 1917 wurde er zum Generalfeldmarschall ernannt. Woyrsch ist auch Mitglied des Herrenhauses gewesen.

Ein Reichspreis für einen hölzernen Reichsadler. Der Reichskunstwart, Professor Dr. Redtsch, hat nach Befestigung der Ergebnisse der vom Direktor Hülshed geführten Bestandsaufnahme der Holzschneidenschule Warmbrunn unter den Böglingen dieser Abteilung einen Wettbewerb zur Gewinnung eines Reichsadlers ausgeschrieben und hierfür an Preisen 1000 Mark zur Verfügung gestellt.

Festsetzung kommunistischer Waffentransporteur. In Oberplanitz bei Weiden wurde von Landgendarmen und Mannschaften der Sicherheitswehr ein Automobil mit 13 Kommunisten angehalten, das eine Anzahl Infanteriegewehre und Karabiner mit Munition mit sich führte. Außerdem wurden rote Plakate mit der Aufschrift „Nieder mit der Regierung, Bewaffnung des Proletariats, Ausrufung der Räterepublik!“ in dem Auto gefunden. Die Unterschrift lautet: Der Volksgesundrat. Sämtliche Insassen wurden verhaftet.

Die Bilanz von Bittau. Nach der Schätzung der Handelskammer in Bittau beträgt der Lohnausfall durch den Putz in deren Bezirk mehr als 1 1/2 Millionen Mark. Die Summe wäre noch höher, wenn nicht eine Anzahl größerer Betriebe wegen Auftragsmangels stillgelegt hätten. Zu diesem Schaden kommt noch der große Lohnausfall, der für die Arbeiter der weiteren Oberlausitz durch die Stilllegung des Kraftwerks Hirschfelde seitens der Terroristen entstanden ist. Dieser Schaden beziffert sich nach Ansicht Sachverständiger auf mehrere Millionen Mark.

Originelles Notgeld. Die Stadt Moosburg (Oberbayern) hat wegen andauerndem Mangel an kleinen Wechselstücken ein Notgeld im Werte von 50 und 20 Pf. herausgegeben. Beide Sorten sind in Dreifarbenbrun gehalten und sehr gefällig. Der Zwanzigpfennigschein ist mit einem originellen Vers ausgestattet: „Notgeld! — Ist Dir and'ra's lieber — Arbeit! — und verdräng die Schieber!“

Salutafischereien von Italienern in Wien. Die Behörden sind einem zumeist aus Italienern bestehenden Konsortium auf die Spur gekommen, welches mit Benutzung teils echter, teils falscher Dokumente sich als Mitglieder fremdländischer Kommissionen ausgab, um namentlich in den Nationalstaaten große Salutafischereien durchführen zu können. Neben dem Salutafischmangel befaßten sich die Mitglieder mit dem Schmuggel von Schmutz. Die Summe der Salutafischgeleiten wird auf 60 Millionen Kronen beziffert. Bei Hausdurchsuchungen, die mit Wissen der fremden Kommissionen bei den betreffenden Personen durchgeführt wurden, wurden 10 Millionen gefunden.

Kleine Nachrichten.

Kommern hat wieder Licht. Der Streik auf der Niederlandzentrale Stralsund ist beigelegt.

Wegen der Entlassung eines Arbeiters legte die Arbeiterchaft der Dortmunder Elektrizitätswerke die Arbeit nieder. Dortmunds Versorgung wird durch andere Zuteilung sichergestellt.

Der Vulkan Merapi auf Sumatra zeigt eine stark erhöhte Tätigkeit. Lieber beinahe ganz Mitteljava fällt Regen.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 7. August. (Börse.) Trotz des Rückganges der ausländischen Zahlungsmittel wandte sich das Interesse der Börse auch heute wieder den sogenannten Salutawerten unter Führung von Petroleumwerten und Schantungaktien zu. Das Zwanzigmarkstück in Gold wurde mit 202 Mark gefragt und mit 204 Mark angeboten.

Berlin, 7. August. (Barenmarkt.) Hafer für sofortige Abladung 134—138, Roggen und Weizen 8 bis 9, Maschinenstroh 6,50—7,50, Weizen und Beluschten 80—95, Ackerbohnen 105—115, Bittererbsen 140—185, kleine Erbsen 100—130, Lupinen gelb 60—75, blau 40—50, Seradella 100—50, Spörgel 100, Rapsfaat 220, Hähnel 12—13, Wiesenheu 18—21, Feldheu 25—29, Kleeheu 26 bis 31 für 60 Alfo ab Seeladekation.

Lotales.

Reichsviehählung am 1. September. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet am ersten September im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. In Preußen werden auf Grund der ministeriellen Anweisung am 1. September auch die Pferde, ohne Militärpferde, mitgezählt. Eine Zählung des Ferkelviehes sowie der Kaninchen findet diesmal nicht statt.

Der Straßenbahnbetrieb ist heute früh wieder aufgenommen worden. Der Commandant hat nochmalige Untersuchung zugezogen, daß der Betrieb vorerst wieder aufgenommen werden. Der Betriebsrat war heute früh wieder zur Verhandlung geladen.

Gründung einer Siedelungsgenossenschaft in Bierstadt.

Bereits vor einem Jahre war in Bierstadt für ein derartiges Projekt starke Stimmung vorhanden und die Vorarbeiten von sachmännischer Seite hinreichend ausgearbeitet, leider blieb es bei diesem und die Sache verlief wie so manche andere im Sande. Man schreibt uns über die neue Gründung wie folgt: Vom Mieterschutzverein war auf Freitag Abend eine Versammlung im Restaurant Gambirius einberufen, die eine Einführung weiterer Kreise in die Ziele und die Arbeit der gemeinnützigen Siedelungsgenossenschaften bezweckte. Da infolge eines Mißverständnisses die Bekanntmachung der Versammlung nur mit Verspätung erfolgen konnte, so ließ der Besuch zu wünschen übrig. Referent war der aus der Mieterschutzbewegung bekannte Geschäftsführer der Siedelungsgenossenschaft Wiesbaden, Herr Behringer. Correferent das Mitglied genannten Vereins Herr Bode. Herr Behringer, führte aus, daß die gemeinnützigen bestehenden Not- und Feuerungsverhältnisse auf dem Wohnungs- u. Baumarkte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hätten, daß ein Abbau der Lohn- und Materialpreise in den nächsten Jahren noch nicht zu erhoffen sei. Man sei deshalb zu zweckmäßiger Selbsthilfe geschritten, unter Inanspruchnahme der staatsrechtlich den Kommunen überwiesenen Ueberteuerungszuschüsse zu den Kosten gemeinnützigen Siedelungen. Die in Wiesbaden gegründete Siedelungsgenossenschaft habe zunächst in organischer Zusammenarbeit mit der Gemeinde vorwärts zu kommen versucht, sei aber erst nach Ausschüttung der Hemmnissen und Reibungen durch den ernen Tisch und nach energischer direkter Arbeit mit den einschlägigen vorgesetzten Stellen (Wohlfahrtsministerium) zum Ziele gelangt. Die Genossenschaft habe mittels Zwangs-

enteignung in Wiesbaden Baugelände erworben und es seien derzeit bereits 22 Häuser im Bau begriffen, die ganz oder teilweise schon im Herbst unter Dach kämen. Jedes Haus bestehe bei 6/8 Umfang aus Wohnfläche, Wohnzimmer, 1 großen 1 kleinen Schlafzimmer und einer ert. 2 Kammern, sei genügend unterkellert und besäße ca. 20 Ruten Gartenland. Die Ausführung erfolge durch die Genossenschaft der sozialisierten Bauhandwerker, wodurch der Privatunternehmergewinn mit 30 — 50 Prozent ausgeschaltet sei. Nationaler Groß-Einkauf bewirke daß ein Haus bei Inanspruchnahme der staatl. Zuschüsse nur etwa an 17 000 Mk. koste. Dabei seien Anzahlung, Abzahlung und Verzinsung derart zweckmäßig gering bemessen, daß jeder Minderbemittelte ein Haus erwerben könne. (Genossenschaftsanteil beträgt 500 Mk. darauf zahlbar im ersten und 2. Jahr je 150 Mk. im 3. und 4. Jahr je 125 Mk. Verzinsung 4 Proz. Amortisation 1 Proz.) Die Genossenschaft in Wiesbaden bestche bereits aus 115 Mitgliedern und der Anschluß weiterer 100 Genossen sei bevorstehend. Die Versammlung hielt die baldige Gründung einer Siedelungsgenossenschaft Bierstadt für angebracht und ausichtsreich, zumal in Anbetracht dessen, daß hier leichter Baugelände mit oder ohne Zwangsenteignung zur Verfügung stände und die Gemeinde sicher bezügl. der Lieferung billigeren Bauholzes Entgegenkommen zeigen würde. (Die zu gründende Siedelungsgruppe Bierstadt (Genossenschaft mit eigenem Ortsstatut) würde wohl zweckmäßig einem beabsichtigten Kartell (Wiesbaden, Sonnenberg, Dohheim) beitreten. Sie würde dann im Vorhand und Aufsichtsrat der Centralstelle Wiesbaden durch Gewählte der örtlichen Bierstadter Genossenschaftsräte vertreten. In einer auf Samstag den 14. August einzuberufenden 2. Versammlung, bei der in Anbetracht des doch allgemein interessierenden und hervorragend wichtiger Verhandlungsgegenstandes eine rege Beteiligung zu erwarten steht, sollen die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen unter Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse nochmals eingehend vorgeführt und erörtert und dann zur Gründung einer Siedelungsgenossenschaft Bierstadt geschritten werden.

Radspport. Am kommenden Sonntag, den 15. August d. Jhs. feiert der hiesige Radfahrer-Club-Bierstadt 1900. G. V. sein 20 jähriges Stiftungsfest im Saalbau zum Bären in Gehalt eines Gala-Portefestes mit Wettbewerben im Reiten, im Fußball und Radballspiel. Wie wir aus dem Programm desselben ersehen, eröffnet die Feier ein Begrüßungsreiten, gefahren von 3 Damen und 3 Herren, und ein Eröffnungsreiten der Pöglinge des R. C. B. 1900. G. V. Anschließend hieran finden die Konkurrenzen im 8er Jugendreiten worin 3 Vereine, im 6er Niederradreiten worin 5 Vereine, im 8er Schmutzreiten worin 2 Vereine, und im 6er Kunstreiten worin 4 Vereine konkurrieren. Außerdem kommen Radballspiele zum Austrag, wozu 8 Mannschaften Meldung erstatteten. Durch das Aufgebot des festgebenden Vereins, versprechen die Leistungen innerhalb der Konkurrenzen sehr groß, da die Gaumeister im 6er Kunstreiten, der Radfahrer-Verein-Beilsheim, sowie die Gaumeister im 2er Radballspiel der Radfahr-Club-Frankfurt a/M. Oberrad, in scharfer Konkurrenz fahren werden. Das höchste der Kunst auf dem Fahrrad wird ein Kunstfahrer in höchster Vollendung Herr Gustav Bledwenn aus Frankfurt a/M. Mitglied des Frankfurter Radfahrer-Quartett 1891 darbieten und uns auf seinem 3 Meter hohen Eisrad freudig begrüßen. Daß es zu scharfen Konkurrenzen kommen wird läßt sich aus den wertvollen Preisen welche im Schaufenster des Herrn S. Abraham in der Rathausstr. stehen, leicht erkennen. Auch beteiligten sich 2 Mannschaften des R. C. B. 1900. G. V. an den Konkurrenzen. Der Gau 9 des Bundes Deutscher Radfahrer veranstaltet anlässlich des 20 jährigen Stiftungsfestes des R. C. B. 1900. G. V. eine 75 km. Verein-Wanderfahrt, wodurch bei gutem Wetter, Bierstadt wohl viele Hunderte Radfahrer begrüßen. Wir machen auch hier auf das reichhaltige Programm in nächster Nummer unserer Blätter sowie auf die aushängenden Plakate aufmerksam.

N. L. Druschlöcher. Der Verband der Nassauischen Dreschmaschinenbesitzer forderten bekanntlich anfangs für die diesjährige Druschperiode einen Druschlohn von 84 Mk. je Stunde bei Bestellung von 3 Mann. Nachdem diese Forderung öffentlich bekannt geworden war, setzte er seine Berechnungen auf 72 Mk. je Stunde herab. Da auch diese Forderung zu hoch erschien, befaßten sich verschiedene Preisprüfungsstellen mit der Aufstellung der Kostenberechnung des Nassauischen Dreschmaschinenbesitzerverbandes. Neuerdings erklären die Dreschmaschinenbesitzer nicht unter 65 Mk. je Stunde dreschen zu können. Für die Zeit des Frühdresches d. h. so lange die Frühdreschpremie bezahlt werden, verlangen sie 10 Mk. mehr je Stunde. (Warum gibt man denn nicht gleich die Frühdreschpremie den Dreschmaschinenbesitzern anstatt den Bauern, die sie ja doch allenthalben abgelehnt haben?) Es dürfte weite Kreise interessieren was man in Nachbarbezirken für das Dreschen bezahlt. So teilt uns die Vereinigung der Hessischen Bauernvereine, Marburg, Frankenberg, Kirchhain, Biegenhain mit, daß in ihrem Bezirk für 20 Mk. je Stunde ohne Presse und für 25 Mk. mit Presse bei Bestellung von 3 Mann gedroschen wird. Die Aufstellung der Unkostenberechnung, die von den Dreschmaschinenbesitzern selbst herrührt lautet folgendermaßen: Für Kessel, Dreschwagen und Presse; Del pro Stunde 3.70 Mk. Reparatur 6 Mk. Verzinsung 1.20 Mk. Abnutzung 1 Mk. Lohn für 3 Mann 6 Mk. Versicherungen 1 Mk. unvorhergesehene Unfälle pro Stunde 1 Mk. Unternehmergewinn 5 Mk. zusammen rund 25 Mk.; für Presse ab 5 Mk. bleiben ohne Presse rund 20 Mk. In diesen Kreisen wird für diesen Preis ohne Widerspruch gedroschen. Sollte das in Nassau nicht möglich sein?

* Der Arbeitergesang-Verein Frisch Auf veranstaltete am Sonntag im „Gambinus“ eine recht gemütliche verlaufene Unterhaltung. Im Verlaufe derselben überreichte der Vorsitzende dem Verein eine Ehren-tafel mit den Namen von Mitgliedern, die dem letzten Kriege zum Opfer gefallen sind. Die Tafel ist in der hiesigen Filiale des Konsumvereins zur Ansicht ausgestellt.

Wetterbericht.

11.—12. Frisch Tau oder Regen, darauf zunehmend heiter und sehr warm Niederschläge selten, Wind gering.

Bekanntmachungen.

Betr. Juli-Zucker.

Auf die vielen hierher ergangenen Anfragen bezügl. der Ausgabe des Juli-Zuckers wird hiermit erklärt, daß derselbe noch nicht hier eingetroffen ist. Auch beim Landratsamt steht die Lieferung noch aus, was angeblich auf den Transportarbeiterstreik zurückzuführen sei. Es ist seitens der hiesigen Gemeindeverwaltung schon wiederholt beim Kreis-Ausschuß auf die Notwendigkeit des Zuckers hingewiesen worden und zur Versorgung der Einwohner mit Zucker nichts unversucht geblieben.

Der für den Monat Juni d. Jhs. bestellte Süßstoff ist eintr. ffen und gelangt am Mittwoch, den 11. d. Mts. (das Päckchen zu 25 Pf.) im Rathause hier selbst, Zimmer 6, zum Verkauf.

Um pünktliches Abholen wird ge'ten, da sonst der Antragsteller den Anspruch auf Zuteilung verliert.

Betr. Brennstoffverteilung

Es erhalten am Mittwoch den 11. d. Mts. die Inhaber der Kohlenkarten von Nr. 351—750 in der Kohlenhandlung Fischer sowie die Inhaber der Kohlenkarten von Nr. 751 bis Schluß in der Kohlenhandlung Stern, Langgasse, auf Folge 2 je einen Zentner Bri-ketts zum Preise von 16.50 Mk.

Außerdem können die Inhaber der Kohlenkarten, jedoch ohne die Anrechnung auf die Letzteren, bei Fischer und Konsumverein bis zu 5 Zentner Rots zum Preise von 27.— Mk. p. Ztr. beziehen. Den Geve-nebetrieben kann eine größere Menge zugeeilt werden. Die erforderlichen Bescheinigungen sind auf der Bürgermeisterei zu beantragen.

Unter allen Umständen muß jedoch darauf gehalten werden, daß die Abholung der Bri-ketts pünktlich erfolgt, andernfalls ande. weit darüber verfügt wird.

Betr. Verteilung von Margarine.

Morgen Mittwoch gelangt in fast allen Kunden eischäp-ten Margarine zur Verteilung.

Auf den Kopf der Versorgungs-Berechtigten eisa'en 150 Gramm zum Preise von Mk. 9.80 auf Folge 7 der Fettkarte.

Dem Schrotmühlenbesitzer Otto Stiehl von hier ist von dem Herrn Landrat in Wiesbaden die Verarbeitung von Futter- etreide für die landwirtschaftlichen Betriebe der hiesigen Gemeinde genehmigt worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird mit dem Hinzufügen, daß das Schrotten (Quetschen) nur am Montag in der Woche erfolgen darf.

Die Mahlkarten vom 16. August bis 15. September 1920 der Selbstversorger sind eingetroffen und können sofort auf dem hiesigen Rathau, Zimmer 6, abgeholt werden.

Dem Kommunalverband Wiesbaden-Land sind einige Hundert Druschlöcher zu eilt worden. Preis 19.80 Mk. Diejenigen Personen, welche auf den Bezug von Hosen reflektieren, wollen sich bis spätestens zum 11. Aug 1920 auf der Bürgermeisterei hier selbst melden.

Bierstadt, den 10. August 1920.

Der Bürgermeister Hofmann.

Das eigene Interesse eines jeden Mieter erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Mieterschutzverein Bierstadt.

Am Dienstag, den 10. August 1920, abends 8½ Uhr Vorstandssitzung im Gasthaus zum „Gambinus“.

Der Vorsitzende.



„Gesangverein Frohsinn“
— Bierstadt. —

Die nächste Gesangprobe für sämtliche 4 Stimmen findet am Dienstag, den 10. August im Probetokal in der neuen Schule an der Adlerstr. statt. Gleichzeitig findet eine wichtige Besprechung statt und wird im Interesse des Vereins um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten.

Mit Sänger,ruß

Der Vorstand.

Garantiert kostbare
Margarine
eingetroffen
Willy. Raabe,
Bierstadter-Höhe 8.

Säcke

für Frucht und Kartoffeln aus
La Zuteileuen empfiehlt Aug.
Gerborn, Bierst. Langg. 48.
Begen rechtzeitig Lieferung
werden Bestellungen baldigt er-
beten. Muster und Preise sind
bei mir einzusehen.

Messer m. Perlmut-
terschale verloren
auf dem Wege von Bicher's
Grundstück nach Wiesbaden.
Wiederbringer erhält da teures
Andenken 30 Mk. Belohnung.
Zu erfr. i. d. Geschäftst. d. d. J. d. J.

Bruchkranke

können ohne Operation und
Beraufstrich geheilt werden.
Sprechstunde in Frankfurt a.
M., Hotel Prinz Heinrich am
14. August, von 10—1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Vier meiner Pferde,



die ich bisher zum Transport von
Kohlenfuhrn etc. benutzte, stelle we-
gen Einrichtung v. Automobilbetrieb

sofort zum Verkauf.

Kohlenhandlung **Wilhelm Fischer,**
Wiesbaden und Bierstadt.
Fernruf-Nummern 291, 3030.

Oelsaat-Freigabe!

Die Inlandsölsaaten sind nunmehr freigegeben und taufche und taufe
ich nunmehr jedes Quantum Oelsaat.

Philipp L. Fauth,

Speiseölsabrik — Nahrungsmittelwerke,
Dohheim b. Wiesbaden.

NB. Endstelle der Wiesbadener Straßenbahn vor der Jabil.

Täglich Zufuhr frischer

Bühler Zwetschen

Verkauf nur an Wiede verkauf

Fr. Seip, und Dienstbier, Wiesbaden,
Lager und Laden Göttenstr. 32. Büro:
Kaiser-Friedrich-Ring 78. Telefon 6439.

Trauringe

8

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30,— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok,

Kirchgasse 70
gegenüber Maimilspital
Wiesbaden.

Adebe-Mühlen

mit Siebtmaschine und
mit Absieber sind die zu-
verlässigsten u. vorteil-
haftesten Maschinen für
jeden Landwirt zur Her-
stellung von Schrot- und
Back-Mehl in jeder ge-
wünschten Feinheit.



In Betrieb zu sehen und
kostenloser Prospekt bei

Jos. Hupfeld, Wiesbaden,
Gartenfeldstrasse 33/35.

Vor Maul- u. Klauenseuche

schützen meine

Spezial-Vorbeugungs-Mittel

seit einer Reihe von Jahren bewährt und anerkannt

Schloßdrogerie Siebert, Wiesbaden, Marktstr. 9.

Elektr. Heizkörper, Kocher, Heizplatten

Brennscherenwärmer, Haartrockenapparate aller Systeme
werden fachgemäß und billigst repariert.

Bügeleisen eigener Anfertigung.

Krämer & Münch, Wiesbaden, Adlerstr. 3,
Werkstatt: Am Kaiser-Friedrich-Bad.

Für Hotels und Wirte

empfehle:

Fass- und Flaschenweine, — Schaum-
weine, Spirituosen und Liköre
direkt ab Lager zu sehr günstigen
Preisen.

Franz Schulz, Weinkommission
Wiesbaden, Adelheidstrasse 95.